Allgemeiner Anzeiger

Nachrichten für das märkische Sauerland

Gegründet 1901

Amtliches Organ des Kreises Altena und der Ämter Halver und Kierspe

Bezugsgebühren:
3.40 DM einschließlich Zustellgebühren
Postbezug: 3.— DM zuzgl. Zustellgebühren
Bestellungen
bei der Geschäftsstelle und den Boten

Anzeigenpreise:
Grundpreis . . . . . 0.15 DM
Amtl. Bekanntmachungen . . 0.10 DM
Stellengesuche . . . . . 0.10 DM
— Anzeigenpreisliste Nr. 2 —

Nr. 272 | Halver, Mittwoch, 24. November 1954 | 1954

Vor einem Massenaufgebot von Journalisten

Karlsruher KPD-Prozeß eröffnet

Die Kommunistenführer kamen nicht - Anträge auf Befangenheitserklärung Dr. Wintrichs und Dr. Steins abgelehnt

dmt. Karlsruhe, 23. November

Unter großem Andrang deutscher und ausländischer Journalisten und umfangreichen Sicherungsmaßnahmen durch uniformierte Polizei und Kriminalbeamte begann am Dienstag vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe die mündliche Verhandlung in dem Verfahren gegen die Kommunistische Partei Deutschlands, von dessen Ausgang es abhängt, ob die KPD verboten wird. Die Dauer des Prozesses läßt sich noch nicht abschätzen. Den Vorsitz führt der Präsident des Bundesverfassungsgerichts Dr. Wintrich. Die Bundesregierung wird durch eine Delegation mit Staatssekretär Ritter von Lex an der Spitze vertreten.

Die wenigen Schaulustigen, die sich vor dem Gerichtsgebäude, dem Prinz-Max-Palais versammelt hatten, kamen nicht auf ihre Kosten: der Parteivorsitzende Reimann und die Vorstandsmitglieder Rische, Renner, Fisch und Ledwohn waren zu der Verhandlung nicht erschienen. Rechtsanwalt Dr. Kroeger begründete die Abwesenheit der KPD-Führer damit, daß erst die Haftbefehle gegen Reimann und Fisch aufgehoben und die Verhafteten Rische und Ledwohn auf freien Fuß gesetzt werden müßten. Dr. Kroeger bezweifelte auch, daß die Voraussetzungen für ein rechtliches Verfahren gegeben seien, da den Verhafteten kein Gehör gewährt worden sei.

Zu Beginn der Verhandlung stellte Gerichtspräsident Dr. Wintrich fest, daß es nicht im Ermessen des Gerichtes liege, ob es den Prozeß durchführen wolle. Er bezog sich damit auf die vielen Zuschriften, in denen ihm eine Ablehnung des Verfahrens nahegelegt worden war. Der Präsident erklärte, daß erst im Laufe der Verhandlung sich ergeben werde, ob dem Antrag der Bundesregierung gefolgt werden könne. Er teilte ferner mit, daß die Tonbandaufnahmen im Gerichtssaal nur dem Gericht als Gedächtnisstütze dienen sollten. Es handele sich also nicht um Rundfunkübertragungen.

Zu der ersten scharfen Kontroverse

kam es, als R.A. Kroeger eine Erklärung des KPD-Vorsitzenden Reimann verlas, in der das Verfahren mit einem „Hexenprozeß" verglichen wurde. Auf Antrag des Vertreters der Bundesregierung untersagte der Vorsitzende das Verlesen des Schreibens. Abgelehnt wurden auch zwei Anträge der KPD-Vertreter, den Gerichtspräsidenten Dr. Wintrich und den Richter Dr. Stein für befangen zu erklären und in diesem Prozeß abzulehnen. In dem Antrag hieß es, Dr. Wintrich sei in der nationalsozialistischen Zeit zum Oberstaatsanwalt befördert worden und daraus ergebe sich, daß er sich mit der Forderung nach bedingungsloser Vernichtung des Kommunismus identifiziere. Nach einer Unterbrechung der Verhandlung stellte Bundesrichterin Frau Dr. Scheffler fest, daß Dr. Wintrichs Beförderung damals wegen Bedenken gegen seine politische Zuverlässigkeit nicht ausgesprochen worden sei. Im Falle Dr. Stein könne aus der Tatsache, daß er im Juli 1952 zur Vernehmung eines nach dem Westen geflüchteten Sowjetzonenagenten die KPD nicht hinzugezogen habe, keine Befangenheit abgeleitet werden. Die Verhandlung wird am Mittwoch weitergeführt.

Als eine politische Fehlentscheidung bezeichnete der SPD-Pressedienst am Dienstag, daß die Bundesregierung Karlsruhe zu einem Urteil über die Verfassungswidrigkeit der KPD zwinge. Es sei möglich, daß die Bundesrepublik in Kürze das einzige Land im Westen sein werde, in dem die Kommunisten verboten sind. Dann hätte die KPD erreicht, worauf sie sich seit Jahren vorbereite: den Zwang zur Illegalität und die Reaktivierung ihrer etwas arbeitsmüde gewordenen Partei-Kader.

Auch Adenauer mit Mai-Termin einverstanden

Länder sollen für Saar-Abkommen gewonnen werden

wl. Bonn, 23. November

Der Vorschlag des französischen Ministerpräsidenten Mendès-France, ein Viermächtegespräch mit der Sowjetunion für Mai nächsten Jahres in Aussicht zu nehmen, wurde am Dienstag von Bundeskanzler Dr. Adenauer begrüßt. Zu diesem Zeitpunkt könne mit einer Ratifizierung der Pariser Verträge durch alle Unterzeichnerstaaten gerechnet werden. Auch genüge die Zeit bis Mai, um das Gespräch mit der Sowjetregierung ausreichend vorzubereiten. Ein Regierungssprecher fügte ergänzend hinzu, nach Auffassung der Bundesregierung müßten auf dieser Konferenz die Fragen der deutschen Wiedervereinigung und der österreichische Staatsvertrag im Vordergrund stehen.

Der Bundeskanzler trägt sich mit der Absicht, die Ministerpräsidenten der Länder zu einer Erörterung der Saarfrage nach Bonn zu bitten, um die auch bei den Länderregierungen vielfach aufgetauchten Bedenken gegen das Saarabkommen zu zerstreuen. Der Kanzler wünscht eine solche Aussprache um so mehr, als nunmehr auch die bayerische Landesregierung sich für neue Saar-Verhandlungen mit Frankreich ausgesprochen hat und die nordrhein-westfälische SPD am Dienstag eine Landtags-Sondersitzung über das Saarabkommen beantragte, dem die Landesregierung im Bundesrat nicht zustimmen soll. Neue Saarverhandlungen hatten auch Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Hessen, Bremen und Hamburg gefordert. Der Bundesrat will in seiner Sitzung am 10. Dezember erstmalig das Saarabkommen erörtern. Man nimmt in unterrichteten Kreisen an, daß die Ministerpräsidentenkonferenz in Bonn unmittelbar nach den Wahlen in Bayern und Hesen stattfinden wird.

Atomplan einstimmig angenommen

dpa. New-York, 23. November

Der 60köpfige Politische Ausschuß der UNO-Vollversammlung nahm am Dienstag einstimmig — also mit den Sowjets — einen Plan zur Bildung einer internationalen Behörde für die Verwendung der Atomenergie zu friedlichen Zwecken an. Der Plan war ursprünglich von sieben Westmächten eingebracht und später auf sowjetischen Wunsch abgeändert worden.

Der Plan sieht die Bildung einer internationalen Behörde vor, die auf der Grundlage der Vorschläge des USA-Präsidenten Eisenhower die Verwendung der Atomenergie für friedliche Zwecke regeln soll. Eine internationale Konferenz von Atomwissenschaftlern soll im Sommer nächsten Jahres stattfinden. Der Plan geht nun an die UNO-Vollversammlung, die ihn bestätigen muß. Auch in der Vollversammlung wird eine einmütige Zustimmung erwartet.

Der stellvertretende Ministerpräsident und Außenhandelsminister der Sowjet-Union, Mikojan, wird, nach einer Meldung der finnischen Morgenzeitung „Uusi Suomi", am Sonnabend in Helsinki eintreffen.

In letzter Minute

Der ehemalige deutsche Reichskanzler Dr. Brüning hat sich in einem Interview mit der Mailänder Zeitung „Corriere della Sera" kritisch über die Außenpolitik der Bundesrepublik ausgesprochen. Er sprach von „Dogmatismus" der Bonner Außenpolitik, der um so gefährlicher erscheine, je beweglicher sich die Außenpolitik der Sowjetunion erweise. Brüning befürwortete direkte Verhandlungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion, „wenn sich eine gute Gelegenheit für Deutschland biete".

In einem großen Kupfersarg, für den acht Sitze im Sonderflugzeug der PAA entfernt werden mußten, wurden die sterblichen Ueberreste des sowjetischen UNO-Delegierten Wyschinski kurz nach Mitternacht (MEZ) von New York nach Paris geflogen, von wo eine sowjetische Maschine die letzte Etappe nach Moskau zurücklegen wird. Wyschinski wird in Moskau im Gewerkschaftshaus aufgebahrt werden.

Das deutsche Beamtentum fühlt sich mit den Polizisten solidarisch, die bei der Großaktion gegen die Autobanditen tödliche Schüsse abgaben, erklärte das Landesvorstands-Mitglied Nordrhein-Westfalens im Deutschen Beamtenbund, Bastians. Der Strafantrag Dr. Arndts gegen Innenminister Dr. Meyers liege „ganz auf der Linie der Diffamierung des deutschen Berufsbeamtentums".

Drei sowjetische Offiziere in Uniform sind am Dienstag im Bereitstellungsraum des Bundesgrenzschutzes für die bisher größten Manöver des Bundesgrenzschutzes in der Bundesrepublik beobachtet worden. Offiziere des Bundesgrenzschutzes erklärten, daß von deutscher Seite keine Handhabe bestehe, sowjetische Offiziere vom Manöverraum fernzuhalten.

In einem posthumen Entnazifizierungsverfahren gegen den früheren Reichspropaganda-Minister Goebbels verfügte die Spruchkammer beim Berliner Senat die Beschlagnahme von Goebbels Berliner Vermögen als Sühneleistung für die „an sich unsühnbare Schuld", die der frühere Minister auf sich geladen habe. In der Verhandlung ergab sich übrigens, daß eine Schwester von Goebbels, Frau Kimmich, die in Oberbayern wohnt, an dem Tode ihres Bruders nicht zweifelt.

1956, im 12. Jahre nach Kriegsschluß, sollen in Frankfurt die letzten Bunker geräumt sein. In einem halben Dutzend der lichtlosen Betonklötze leben gegenwärtig noch 1416 Menschen, davon 408 Familien und 112 alleinstehende Personen.

Eisenhowers Bedingungen für Vierergespräch

Auf der Hut vor trojanischen Pferden — Neue Rede Mendès-Frances

dmt. Washington, 23. November

Präsident Eisenhower erklärte am Dienstag auf einer Pressekonferenz in Washington, für eine Konferenz mit der Sowjetunion müßten folgende drei Punkte erfüllt sein: 1. Die Pariser Verträge über die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik müßten ratifiziert sein; 2. es müßten Aussichten auf fruchtbare Konferenzergebnisse ohne Propagandareden bestehen und 3. es müßte genügend Zeit für die gute Vorbereitung der Konferenz vorhanden sein.

Eisenhower versicherte, daß seine Regierung auf der Hut vor trojanischen Pferden sei, daß sie aber im Interesse des Friedens mit jedem sprechen wolle, obwohl keine Beweise dafür vorlägen, daß die Sowjetunion heute aufrichtiger am friedlichen Zusammenleben mit der westlichen Welt interessiert sei als früher. Das Ziel der Sowjets sei nach wie vor die Welt-Revolution. Eisenhower bestand darauf, daß der Osten vor einer Viererkonferenz Beweise für ernste Absichten liefere und zum Beispiel seine Bereitschaft bekundet, den österreichischen Staatsvertrag zu unterzeichnen. Wenn eine solche Viererkonferenz der Außenminister erfolgreich sei, könne auch eine Konferenz der vier Staatsoberhäupter folgen.

In einem Vortrag vor der Gesellschaft für Außenpolitik in New York bezeichnete der französische Ministerpräsident Mendès-France, der am Mittwoch wieder in Paris sein will, eine deutsch-französische Zusammenarbeit und Verständigung in der Westeuropäischen Union als lebenswichtig für ein freies Europa. Der Ministerpräsident ging in seiner Rede nochmals auf verschiedene Teile seiner Rede vor der UNO ein, in der er eine Viererkonferenz für Mai in Paris nach Ratifizierung der Verträge vorgeschlagen hatte. Die zuständigen britischen Kreise haben ihre zurückhaltende Stellungnahme zu dieser Rede nicht mehr beibehalten, nachdem der gesamte Text sorgfältig überprüft worden ist. Das britische Außenministerium will sich aber, wie verlautet, bis zu Gesprächen zwischen den drei Westmächten über die Rede jedes Kommentars enthalten.

Belohnung auf 72800 DM erhöht

Zwei neue fingierte Raubüberfälle — Seebohm kritisiert Schießbefehl

bb. Düsseldorf, 23. November

Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen hat am Dienstag auf Vorschlag des Hauptausschusses des Landtages, der die vom Innenminister eingeleiteten Polizeimaßnahmen billigte, eine Belohnung von 50 000 DM auf die Ergreifung der Autobahngangster ausgesetzt. Damit erhöht sich die Belohnung auf insgesamt 72 800 DM. 2000 Privat-Fahrzeuge des ADAC werden schon in der Nacht zum Mittwoch zu Patrouillendiensten auf der Straße einsatzfähig sein. 600 Fahrer haben ihre Kontrollen bereits aufgenommen. Offiziell heißt es, daß die Zahl der bisherigen echten, durch Autobahngangster verübten Ueberfälle bei 16 stehengeblieben ist.

Die Polizei hat am Dienstag zwei fingierte Autoüberfälle aufgeklärt. Der Fahrer eines belgischen Lastwagens gab an, daß er in der Nacht zum Dienstag bei Grevenbroich überfallen worden sei. Man habe ihm 30 Mark und 4000 Francs geraubt. Im zweiten Fall hatte ein deutscher Lkw-Fahrer erklärt, auf der Straße von Kreuzweingarten nach Ahrhütte von drei Männern angehalten worden zu sein. Beide gaben zu, alles erfunden zu haben, um ihre Arbeitgeber zu veranlassen, ihnen noch einen zweiten Fahrer mitzugeben. Der deutsche Fahrer hatte die Windschutzscheibe seines Wagens selbst zertrümmert und sich mit den Glassplittern Verletzungen beigebracht.

Bundesverkehrsminister Seebohm nahm am Dienstag in Berlin zu den Autobahnzwischenfällen in Nordrhein-Westfalen Stellung. Er wandte sich scharf gegen den angeordneten Schußwaffengebrauch und bezeichnete den Schießbefehl an die Polizei als „abwegig". Auch das Fahren in Konvois ist nach Meinung Seebohms als Schutzmaßnahme zwecklos. Der nordrhein-westfälische Innenminister Meyers sollte bei dem britischen Premierminister Churchill in die Schule gehen, der etwas von der Zweckmäßigkeit des Geleitzuges verstehe. Der Minister war nach Berlin gekommen, um auf einer Wahlkundgebung der Deutschen Partei im Sportpalast zu sprechen. Einer der Zuhörer meinte, daß der Bundesverkehrsminister es sich sehr leicht mache. Kritisieren könnten alle, aber gleichzeitig mit der Kritik einen brauchbaren Vorschlag zu finden, könnten nur sehr wenige. Auch der Verkehrsminister habe keinen Vorschlag zur Bekämpfung der Autobahnbanditen gemacht.

Ein US-Himmelstoß

Es wird wohl nur wenige Menschen geben, die den preußischen und deutschen Kommiß in jeder Beziehung für so ideal hielten, daß sie die Kritik an Typen wie Himmelstoß und Schleifer Platzek unberechtigt finden. Andererseits ist die Kritik auch oft über's Ziel hinausgeschossen. Das trifft vor allem da zu, wo die Abschaffung des sinnlosen und schikanösen „Schleifens" so weit getrieben werden soll, daß man auf jede Erziehung des Soldaten zur Härte verzichtet. Es gilt auch dort, wo die Schikanierung des Soldaten als „typisch" deutsch oder preußisch hingestellt und von den Feinden Deutschlands politisch gegen uns ausgenutzt wird. In der Tat gibt es keine Armee der Welt, die solche Erscheinungen nicht kennt.

In Augusta im Staate Georgia steht zur Zeit ein amerikanischer Himmelstoß vor dem Kriegsgericht. Die Anklage gegen ihn enthält 17 Fälle von Brutalität gegenüber Untergebenen, und dieser amerikanische Himmelstoß ist nicht einmal ein Unteroffizier, sondern ein Leutnant, mit Namen Charles C. Anderson, der in Korea mit Tapferkeitsauszeichnungen geschmückt wurde. Leutnant Anderson verteidigt sich damit, daß die Erziehung seiner Soldaten zur Härte für den Korea-Krieg notwendig gewesen sei.

Ob diese Erziehung allerdings unmöglich ist, ohne daß man Männer an den Füßen aufhängt, dürfte mehr als fraglich sein. Einen anderen Soldaten ließ Leutnant Anderson so lange Liegestützübungen machen, bis er total erschöpft zusammenbrach und am Boden liegen blieb.

„Wenn der Mann tot ist, so muß er beerdigt werden", bemerkte Leutnant Anderson darauf und ließ den Soldaten auf den Rücken drehen und ihn von einem anderen Rekruten „beerdigen". Das geschah dadurch, daß der Erschöpfte mit einer dünnen Schicht Erde bedeckt wurde, die nur seinen Mund freiließ. Auf Befehl Andersons mußte dann ein kleines Holzkreuz angefertigt werden, das dem „Beerdigten" in den Mund gesteckt wurde. Es gab ein schönes Bild, an dem sich der Leutnant weidete. Nach 5—6 Minuten wurde die Erdschicht dann wieder entfernt.

Die Verhandlung gegen den Leuteschinder von Camp Gordon dauert noch an, und man kann gespannt auf das Urteil des Militärgerichtes sein. Für das deutsche 08/15-Leser- und Filmpublikum ist dieser Fall nur deshalb interessant, weil hier einmal der Beweis dafür erbracht wird, daß selbst der von vielen als Ideal angesehenen amerikanischen Armee solche Dinge nicht fremd sind.

Wir dürfen nicht im Kampf gegen solche Auswüchse bei uns nachlassen, aber wir sollten den Kampf immer so führen, daß wir nicht ausländische, zu unserem Schaden erfundene, unwahre Thesen vom typisch deutschen Militarismus stützen und Wasser auf die Mühlen derjenigen leiten, die diese Behauptungen dazu benutzen, um uns die volle Gleichberechtigung zu verweigern.

P. L.

Höflichkeit und Zumutung

Es ist seltsam; auf dem Lande, wo die Wohnstätten manchmal weit auseinander liegen, stehen die Menschen sich näher. In der Stadt aber, wo Haus an Haus sich reiht, Wohnungstür an Wohnungstür grenzt, bleibt man sich fremd. Auf dem Lande gibt es, wie das Volkslied meint, wenig Komplimente. In der Stadt aber, in der die Menschen sich, wie gesagt, näher und fremder sind, tragen Höflichkeit und Rücksichtnahme in hohem Maße zum erträglichen Leben bei.

Wenn die Menschen hier nicht überall und immer bereit sind, ein Mindestmaß an Rücksicht zu üben, treten sie sich auf die Zehenspitzen! So hat jeder Mensch Anspruch auf unsere Höflichkeit. Aber andererseits — jedes Ding hat zwei Seiten — haben wir Anspruch darauf, zurückhaltend sein zu dürfen. So gebieterisch das Gesetz der Höflichkeit und Menschlichkeit von uns verlangt, daß wir dem Fremden anständig entgegenkommen, so unabdingbar ist unser Recht, uns gegen Zudringlichkeit zu wehren. Niemand wird uns zumuten wollen, irgendwelche intimen Familienverhältnisse eines wildfremden Menschen zur Kenntnis zu nehmen. Im bestimmten Ablehnen solch grundloser Zumutungen liegt die Antwort auf unsere Frage ebenso verborgen wie im höflichen Verhalten dem hilfebedürftigen Fremden gegenüber! **Heribert**

Halver

Schnittkursus des Gartenbauvereins

Der Gartenbauverein Halver läd seine Freunde für Samstag zu einem Schnittkursus mit anschließendem Vortrag ein. Der Treffpunkt ist beim Gartenfreund Trosien am Mühlenberg. Die Leitung hat der Gartenbau-Facharbeiter Beck übernommen. Dieser ist den Gartenfreunden kein Unbekannter mehr. Anschließend findet ein Lichtbildervortrag im Hotel zur Post statt. Näheres ist aus dem heutigen Anzeigenteil ersichtlich.

Ortsmeister im Schach ermittelt

Die Kämpfe der Halverschen Schachfreunde um die Ortsmeisterschaft, die der Schachverein Halver mehrere Wochen hindurch durchführte, sind nunmehr abgeschlossen. Sieger um die Ortsmeisterschaft wurde Schachfreund Gresch Morgen abend will der Verein die Siegerehrung vornehmen.

Sängertag des Deutschen Sängerbundes

Der Vorstand des Deutschen Sänger-Bundes, dem als der weitaus größten Chororganisation der Bundesrepublik über 460 000 Sänger und Sängerinnen angehören, bestimmte als Ort des nächstjährigen Sängertages die Stadt Regensburg. Die Tagung findet vom 21. bis 23. Januar statt. In diesem Jahre tagte der DSB in Kaiserslautern. Auf der Tagesordnung steht neben den üblichen Berichten über die Arbeit des Bundes die Vorbereitung des im Jahre 1956 stattfindenden 14. DSB-Festes in Stuttgart. Den Festvortrag hält Prof. Dr. Walter Wiora, der Leiter des Deutschen Volksliederinstituts in Freiburg i. Br. Die Leitung des Sängertages liegt in Händen des Präsidenten des DSB, Anton Pesch, Dortmund. An der Tagung nahmen die Vertreter der dem DSB angeschlossenen Bünde und Vereine teil.

Straßenbauarbeiten in der Hagener Straße

Augenblicklich sind in der Hagener Straße, an der Leye beginnend, Straßenbauarbeiten im Gange, die im Auftrage des Landesstraßenbauamtes durchgeführt werden. Wie wir erfahren, will die zuständige Straßenverwaltung hier eine Verbreiterung der Fahrbahndecke vornehmen.

Bezirkshelferinnen der Christus-König-Gemeinde treffen sich

Morgen abend findet im Pfarrsälchen die monatliche Besprechung der Bezirkshelferinnen statt. Zu dieser Besprechung sind alle Bezirkshelferinnen recht herzlich eingeladen. Da die jährliche Caritas-Adventssammlung vorzubereiten ist, wird dringend um vollzähliges Erscheinen

Schwenke

Die Heimatzeitung gratuliert!

Morgen kann Frau Fritz Nothjunge, Anna geb. Langenohl, Auf den Eicken, ihr 81. Lebensjahr vollenden. Unseren Glückwunsch! gebeten.

Zuschüsse müssen schnellstens verbaut werden

Brückenbau in Dahlerbrück mitten im Winter

Neubau gestern genehmigt - Notwendigkeit seit 1937 - Kosten betragen 160 000 DM - Bau wird sofort begonnen

Der Rat der Gemeinde Hülscheid traf sich gestern zu einer wichtigen Sitzung im Gasthaus Schulte in Lauenscheiderohl. Einziger Punkt der Tagesordnung war die Beschlußfassung der Gemeinde über die Beteiligung am Volmebrückenbau in Dahlerbrück. Amtsdirektor Nillius umriß eingangs die Notwendigkeit eines Brückenbaues, die sich bereits im Jahre 1937 ergeben habe. Damals sei jedoch das Projekt an dem Ausbruch des II. Weltkrieges gescheitert. Schon vor der Währungsreform habe man sich seitens des Amtes sowie des Kreises erneut für den Neubau einer Brücke interessiert. Durch die Währungsreform bedingt, mußte man die bereits bewilligten Gelder des Kreises in Höhe von 6500 DM zurückerstatten, und einen neuen Plan entwerfen.

Die Zeit nach der Währungsreform brachte auch die Gemeinde Schalksmühle als weiteren Interessenten an diesem Projekt, und bereits in einer der letzten Sitzungen dieses Gemeinderates wurde eine Beteiligung von 15 000 DM zugesagt. Die Gemeinde Breckerfeld lehnte als nicht unmittelbarer Anlieger der Brücke eine finanzieelle Beteiligung ab. So blieb es der Gemeinde Hülscheid weiterhin überlassen, die restliche Finanzierung von 15 000 DM bei einem Gesamtkostenpunkt von 160 000 DM in denen 130 000 DM Zuschüsse vom Landschaftsverband enthalten sind, aufzubringen. Der erheblichen Mehrkosten wegen mußte der ursprüngliche Plan fallen gelassen werden, der eine Brücke in alter Form aufwies. Eine solche Brücke hätte immerhin einen Aufwand von 220 000 DM erforderlich gemacht.

Die zur Verfügung gestellten Mittel

für eine moderne Brücke mit einer Fahrbahn von 6 Metern, die einen Gegenverkehr ermöglicht, und einer beiderseitigen Bürgersteigbreite von je 1,50 Metern müssen bis zum Ende des laufenden Rechnungsjahres verbaut sein. Um diesen Zuschuß nicht verloren gehen zu lassen, beabsichtigt man, die erforderlichen Brückenbauarbeiten sofort zu beginnen. Der entsprechende Auftrag für die nun geplante 30-Tonnen-Brücke wird nun kurzfristig vergeben und in längstens 14 Tagen wird mit dem Bau der Brücke begonnen.

Nach den Ausführungen des Amtsdirektors kam man zur entscheidenden Abstimmung, wobei 11 Ratsmitglieder für den Bau und 4 dagegen stimmten. Ferner wurde beschlossen, keinerlei Umleitungskosten, die durch den starken Verkehr entstehen würden, zu Lasten der Gemeinde zu übernehmen.

Eine Behelfsbrücke

für den Lastwagenverkehr würde weitere 25 000 DM erfordern. Da die Hauptinteressenten an dem Brückenbau jedoch in der Gemeinde Breckerfeld liegen, soll eine Lösung dieses für die Industrie des Glörtals sehr wichtigen Problems der Gemeinde Breckerfeld überlassen bleiben.

Umleitungsmöglichkeiten gestalten sich für den Fahrverkehr dadurch recht schwierig, da nur eine Straße für den Lastzugverkehr in Frage kommt, und zwar aus Richtung Breckerfeld. Weitere Umleitungsmöglichkeiten für den Pkw- und Lieferwagenverkehr besteht über die Brücke der Firma Holthaus, durch die Asenbach und über Schalksmühle. Für die Fußgänger wird eine zwei Meter breite Brücke unterhalb der Baustelle errichtet werden.

Von der Bevölkerung wurde in der Stunde der Oeffentlichkeit nochmals zum Brückenbau Stellung genommen. Hierbei trat besonders die

starke Belastung der Industrieunternehmen

des Glörtals zu Tage, die durch den Brückenbau im Winter hervorgerufen werden. Von Herrn Krägeloh wurde vorgeschlagen, den bereits früher erwogenen Plan, durch die Besatzungsmächte eine Notbrücke kostenlos schlagen zu lassen, wieder aufzugreifen. Man versprach, hier nochmals Rücksprache mit der Kommandantur zu halten, würde jedoch auch jetzt nicht bereit sein, die Bereitwilligkeit zu enem solchen Behelfsbau mt der Anbringung von Sprenglöchern innerhalb des Amtsbezirkes einzuhandeln.

Schalksmühle

Unsere Glückwünsche

Heute kann Fräulein Emma Schweizer, Löh, ihren 85. Geburtstag begehen. Am gleichen Tage wird Rentner Joseph Carmein, Volmestraße 16, 79 Jahre und Rentner Paul Brüst, Lauenscheiderohl, 73 Jahre alt. Allen entbietet die Heimatzeitung die herzlichsten Glückwünsche!

Dahlerbrück

Er schnitt die Fahrbahn

Auf der Bundesstraße 54 ereignete sich gestern vormittag ein Verkehrsunfall, als ein Kradfahrer in einer Kurve einen Lastzug überholen wollte und diesem dabei die Fahrbahn schnitt. Der Kradfahrer stürzte auf der vereisten Fahrbahn direkt vor den Lastzug. Dessen Fahrer zog sein Fahrzeug nach rechts und setzte es gegen eine Böschung. Der Gestürzte blieb wie durch ein Wunder unverletzt, jedoch entstand mittlerer Sachschaden.

Kierspe

Otto Ruhe wieder Amtsbürgermeister

In der gestrigen Sitzung der Amtsvertreter in Grünenbaum wurde der langjährige Bürgermeister Otto Ruhe auf weitere zwei Jahre für dieses Amt gewählt. Stellvertretender Bürgermeister wurde Wilh. Clever, Rönsahl. Ein ausführlicher Bericht des Amtsbrandmeisters Goseberg über den allgemeinen Stand der Amtsfeuerwehr ließ erkennen, daß diese wichtige Organisation dank der Unterstützung durch Vertretung und Verwaltung durchaus in der Lage ist, den Feuerschutz zu garantieren.

Bestätigung als Schiedsmann

Wie aus einer Amtlichen Bekanntmachung im heutigen Anzeigenteil hervorgeht, wurde der Landwirt Werner Dörseln, Lingese, als Schiedsmann bestätigt. Näheres ist aus der Bekanntmachung ersichtlich.

Oedinghausen/Carthausen

Heute morgen leichter Unfall

Heute morgen um 7.15 Uhr geriet am Rolandseck ein Lastzug mit Anhänger gegen einen haltenden Bus der Mark-Sauerland, der sich mit Verspätung gerade dort befand. Dabei entstand leichter Sachschaden.

Oberbrügge/Ehringhausen

Berufsjubiläum. Der Postbetriebsassistent Otto Fischer kann am Donnerstag, 25. November, auf ein 40jährige Dienstzeit bei der Bundespost zurückblicken. Herr Fischer, der jahrzehntelang an der Post in Oberbrügge tätig war, wird am 1. Januar 1955 nach Dortmund versetzt.

Vom Leben und Sterben in der Gemeinde Kierspe

Im Monat Oktober wurden beim Standesamt Kierspe folgende Beurkundungen vorgenommen:

Geburten: Brigitte, Tochter des Carl Wendel, Vollme, Hüttebruch. — Karl Ernst Klaus, Sohn des Karl Herbert Wippermann, Kierspe-Bahnhof, Wildenkuhlen 16. — Friedrich Gustav, Sohn des Friedrich Ante, Meinerzhagen, Hochstraße 4. — Ursula, Tochter des Herbert Koch, Kierspe, Eicken. — Erwin, Sohn des Erwin Meier, Kierspe, Margarethenweg. — Kornelia Heidi, Tochter des Otto Gerhard Schröder, Meinerzhagen, Hesselbecke. — Franz Bernhard, Sohn des Konrad Balke, Lingese. — Helga, Tochter des Paul Otto Grodetzki, Meinerzhagen, Hohlinden. — Roswitha, Tochter des Norbert Kachel, Kierspe, Krähennocken. — Günter, Sohn des Werner Spelsberg, Imhausen, Gemeinde Valbert. — Reinhard, Sohn des Martin Plath, Linden, Gemeinde Kierspe.

Eheschließungen: Heinrich Herwig, Bollwerk und Gisela Gertrud Franziska Althaus, Bollwerk. — Herbert Paul Mynarek, Bremen, Buntentorsteinweg 381 und Christiane Maria Magdelena Hermann, Kierspe-Bahnhof, Heideweg 32. — Werner Ernst Herrlich, Kierspe-Bahnhof, Hammerkamp 43 und Mathilde Gertrud Else Schuster, Kierspe-Bahnhof, Hammerkamp 43. — Albert Otto Schmidt, Limpurg, Gemeinde Kierspe und Helga Pahlke, Limpurg, Gemeinde Kierspe. — Rudolf Hähnel, Kierspe-Bahnhof, Haunerbusch und Sigrid Jünger, Kierspe-Bahnhof, Füllenfeld 48. — Gerhad Herbert Lück, Kierspe, Gartenstraße 14 und Helga Annuß, Kierspe, Gartenstraße 8. — Günther Friedrich Kühne, Kierspe-Bahnhof, Friedrich-Ebert-Straße 89 und Doris Anita Hoßfeld, Kierspe-Bahnhof. Haunerbusch 40. — Walter Armin Teucher, Kierspe-Bahnhof, Am Nocken 55 und Trautilse Wiendlocha, Kierspe, Friedrich-Ebert-Straße 371

Sterbefälle: Anna Barbara Auguste Walter, Bremecke, Gemeinde Kierspe, 84 Jahre. — Ilse Kübler, Kierspe-Bahnhof, An der Währ 18. — Minna Hohage, Kierspe-Bahnhof, Volmestraße 123, 79 Jahre. — Beer, Totgeburt, Kierspe-Bahnhof, Volmestraße 260.

Parole „Haussuchung" bei Licht besehen

Unter dem Mantelaufschlag die ominöse Blechmarke — Das muß man wissen

„Aufmachen! Kriminalpolizei!" Die Rentnerin Euphrosine Knieweich durchlief ein Schauder, als dieser Ruf, mit markiger Stimme und durch heftiges Pochen unterstützt, am Eingang ihrer wohlbehüteten Dreizimmerwohnung erscholl. Angstbebend öffnete sie und sah sich einem energisch dreinblickenden Mann gegenüber. „Haussuchung!" sagte er. „Der Untermieter Fleißig steht im Verdacht, bei einer Firma Unterschlagungen vorgenommen zu haben."

Der Beamte wies Euphrosine barsch aus dem Zimmer und machte sich allein an die Durchsuchung der Wohnung. Als er sich nach zehn Minuten grimmig murmelnd entfernt hatte, traf Euphrosine bald der Schlag: mit dem Unbekannten waren auch die Spardose und die silberne Tabatiere ihres verstorbenen Mannes verschwunden.

Ganz aufgelöst erzählte sie den Vorfall ihrem in Rechtsfragen kundigen Neffen Hans. Der lachte sie obendrein noch aus: „So benimmt sich doch kein echter Kriminaler!" Er klärte die Tante darüber auf, daß nach dem Grundgesetz die Wohnung unverletzlich ist. Durchsuchungen ordnet grundsätzlich der Richter an, nur bei Gefahr im Verzuge der Staatsanwalt oder die Polizei. Dann müssen aber stets die vom Gesetz vorgeschriebenen Formen eingehalten werden. Dazu gehört, daß der Wohnungsinhaber vom Zweck der Durchsuchung vor deren Beginn genau unterrichtet wird, und daß er während der ganzen Durchsuchung zugegen sein kann. Nimmt die Durchsuchung der Richter oder Staatsanwalt nicht selbst vor, sondern ein Polizeibeamter, so soll dieser nach Möglichkeit einen Gemeindebeamten zuziehen, der aber kein Polizist sein darf, oder zwei andere Gemeindeglieder. Geschieht dies nicht, und wird auch kein schriftlicher Durchsuchungsbefehl des Richters vorgelegt, so sollte der Wohnungsinhaber unter allen Umständen Einsicht in den Dienstausweis des Beamten verlangen. Ein echter Polizeibeamter wird dies auch nicht ablehnen.

Euphrosine wendet nun ein, ein Mann habe mit vielsagender Gebärde den linken Aufschlag seines Ledermantels umgestülpt, wodurch der Blick auf eine gefährlich blinkende Blechmarke freigeworden sei. Dazu sagt der Neffe: „Die bekannte Plakette ist, zumal sie in der Aufregung oft nicht genau betrachtet wird, bei solchen Anlässen keine ausreichende Legitimation."

„Mir kam der Kerl ja gleich verdächtig vor, und ich hätte ihn daher am liebsten gar nicht eingelassen. Aber man zieht ja im Umgang mit der Polizei stets den kürzeren und wird am Ende wegen Widerstandes eingesperrt."

„Eine rechtsmäßige Amtshandlung darf freilich nicht durch Widerstand verhindert oder erschwert werden. Sie muß aber als solche für den Betroffenen erkennbar sein. Wie schon gesagt, ein wirklicher Beamter weist sich auf Verlangen aus. Daher würde ich als Wohnungsinhaber einer Person, die sich nicht genügend legitimiert, den Zutritt zum Zwecke der Durchsuchung stets verweigern."

Tabakmischung und Format bestimmen den Geschmack der Cigarette. Aus gutem Grund:



JUNO bitte

Blick auf Hagen und Umgebung

Gespräch über Lebensreform

Hemer. Unter dem Thema „Wege zur Lebenserneuerung" wurde das im Frühjahr begonnene Gespräch mit Anhängern und Freunden der Lebensreform auf einer zweiten Tagung der Evangelischen Akademie Rheinland-Westfalen fortgesetzt. Referate von Dr. med. Otto F. H. Buchinger (Pyrmont) „Askese, Diät und Abstinenz", Gustav Dessin (Rheda) „Recht und Grenzen der Lebensreform" und Pfarrer Becker (Hemer) „Das christliche Menschenbild" führten zu lebhaften Diskussionen, die sich über mehrere Tage erstreckten. Das besondere Interesse galt dem Verhältnis zwischen den Anliegen der Lebensreform und dem christlichen Glauben. Unter Ablehnung jeder ideologischen Verabsolutierung einzelner Bestrebungen und Forderungen wurde die Bedeutung einer umfassenden vernunftgemäßen Lebensreform anerkannt und angesichts der verhängnisvollen Entwicklung der gesamten Daseinsverhältnisse als neuartige diakonische Aufgabe dem Gewissen der Christenheit empfohlen. Ein abschließendes Rundgespräch galt konkreten Fragen des Lebensstils in Haus und Gemeinde.

Hemer gegen kanadische Straßennamen

Hemer. In mehrstündiger Sitzung lehnte die Stadtvertretung den Wunsch der Kanadier ab, für die neuen Straßenzüge im Sundwig-Westigfeld kanadische Namen wie Viktoriastraße, Winnipegstraße usw. zu wählen. Es bleibt bei den vom Heimatverein in Vorschlag gebrachten ostdeutschen Namen, wobei die Vertretung zusätzlich der großen Schleife den Namen Berliner Straße gab. Gleichzeitig wandte sich die Vertretung gegen das Unrecht an deutschen Hauseigentümern, denen die Möbel auf die Straße gesetzt wurden, während ihre Häuser weiterhin beschlagnahmt bleiben.

Aus dem benachbarten Rheinland

Pflichtvergessener Vater

Radevormwald. Der Unterhalt eines Kindes geht allen anderen Ausgaben voran. Dies hatte ein Arbeiter aus Radevormwald nicht beachtet, der sich jetzt vor dem Lenneper Richter wegen Vernachlässigung seiner Fürsorgepflicht zu verantworten hatte. Er war s. Z. verurteilt worden, für seinen aus der 1944 geschiedenen Ehe stammenden Sohn 35 Mark zu zahlen. Zunächst kam der Angeklagte auch seinen Verpflichtungen nach, jedoch hat er seit 8½ Monaten keinen Pfennig mehr entrichtet und ist einschließlich des Rückstandes 469 Mark schuldig. Wie in fast allen solchen Fällen wurde auch hier das Versäumnis mit Krankheit, Arbeitslosigkeit, Notlage und Anschaffungen entschuldigt. Das Gericht verurteilte den pflichtvergessenen Vater zu 2 Monaten Gefängnis mit Bewährungsfrist auf drei Jahre; er hat monatlich 35 Mark und den Restbetrag mit mindestens 15 Mark abzuzahlen. Bei dem geringsten Verzug der Zahlung wird die Strafaussetzung aufgehoben.

Sowjetzonen-Bauern unter Druck

lm. Berlin, 23. November

Alle Bauern in der Sowjetzone, die ihr Ablieferungssoll an Getreide, Kartoffeln und Fleisch noch nicht erfüllt haben, müssen sich jetzt vor Sonderkommissionen aus Staats- und Parteifunktionären verantworten. Bei geringeren Ablieferungsrückständen sollen die Bauern durch die Auferlegung einer Geldbuße zur Sollerfüllung gezwungen werden, in schwereren Fällen ist eine Bestrafung wegen Wirtschaftssabotage vorgesehen.

Kurz - aber wichtig

Der Präsident des britischen Hohen Rates, Lord Salisbury, eröffnete am Dienstag die Oberhaus-Debatte über die Pariser Verträge mit der Feststellung, daß die Gefahr eines deutschen Militarismus wesentlich geringer sei, als die Gefahr der sowjetischen Expansion. Der frühere Heeresrichter Lord Russell of Liverpool vertrat die Ansicht, daß es in der Frage der deutschen Wiederbewaffnung nun kein Zurück mehr gebe. Auch der Oppositionsführer Lord Jowitt und der Führer der Liberalen, Lord Layton, sagten — trotz einiger Bedenken — ihre Unterstützung für die Verträge zu.

Vor dem Militärgericht in Lyon forderte die Anklagevertretung am Dienstag die Todesstrafe für die Angeklagten, SS-Angehörigen Ernst Floreck, Paul Heimann und Harry Stengrit. Für Alfred Lütgens beantragte die Anklage 15 Jahre und für Erich Bartelmus 10 Jahre Zuchthaus. Die Anklageschrift wirft ihnen Geiselerschießungen, Gefangenenmißhandlung mit Todesfolge und illegale Deportationen vor.

Nur Arbeit war Dein Leben
Nie dachtest Du an Dich
Nur für die Deinen streben
war Deine höchste Pflicht.

Am 19. November 1954 wurde uns nach kurzer schwerer Krankheit mein lieber Mann, unser treusorgender Vater, Schwiegervater, Großvater, Schwager und Onkel

der Invalide

Ernst Friedrich Wilhelm Spiller

im Alter von 60 Jahren durch den Tod entrissen.

In tiefer Trauer:
Paula Spiller geb. Röntgen
nebst Kindern und Enkelkindern

Kamscheid, Post Buschhausen über Schalksmühle und Lüdenscheid, den 19. November 1954

Die Beerdigung findet statt am Donnerstag, dem 25. Nov. 1954 vormittags um 10.30 Uhr von der evangelischen Friedhofskapelle aus in Halver.

Gestern abend 22.45 Uhr ging unser lieber Vater, Schwiegervater, Großvater, Urgroßvater, Bruder, Schwager und Onkel

EMIL GRELL

im Alter von 76 Jahren von uns.

In stiller Trauer:
Im Namen aller Angehörigen
Erich Laschetzki und Frau Margarete
geb. Grell

Schmalenbach, Halver, Werdohl, Hückeswagen, Wuppertal und Meinerzhagen, den 23. November 1954.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 25. Nov. 1954 um 14.15 Uhr vom Trauerhause aus statt.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgang unserer lieben Entschlafenen, sagen wir hiermit unseren herzlichen Dank

Otto Scheider und Frau Margarethe
geb. van Sasen

Schwarzenbach, im November 1954

Für die uns erwiesenen Aufmerksamkeiten aus Anlaß unserer goldenen Hochzeit sagen wir allen unsern Freunden und Bekannten herzlichen Dank.

Adolf Schönebeck und Frau

Halver, im November 1954

Bekanntmachung

Der Landwirt Werner Dörseln aus Lingese bei Kierspe-Bhf. ist durch Beschluß des Präsidiums des Landgerichts Hagen vom 20. Okt. 1954 als Schiedsmann für den Bezirk Höhlen auf die Amtsdauer von 3 Jahren - vom 12. November 1954 ab - bestätigt.

Als Schiedsmann ist obengenannter gem. § 5 Sch. O. vom 3. Dez. 1924 auf die Erfüllung seiner Obliegenheiten am 12. Nov. 1954 eidlich verpflichtet worden.

Kierspe, den 22. November 1954 — Barthold, **Amtsdirektor**

Gartenbauverein Halver

Am Samstag, 27. Nov. 1954
Schnittkursus
Treffpunkt 14 Uhr am Mühlenberg beim Gartenfreund Adolf Trosien. 16.30 Uhr Lichtbildervortrag im Hotel zur Post. Die Leitung hat Herr Gartenbaufachberater Beck.

Es ladet ein
Der Vorstand

...am besten **Miele**



Schnell-Waschmaschine 75
in 4 Minuten schonend blütenweiße Wäsche

Kommen Sie zur zwanglosen Vorführung
Joh. Chr. Herdepe Söhne
Halver i. W. • Tel. 160

Schlacht-Gewürze
in bester Qualität sowie
Därme aller Art
zu haben in der
Drogerie Menke



Legen Sie Wert auf große Auswahl, günstige Preise und guten Kundendienst, dann kaufen Sie diese Geräte im

ELEKTROHAUS
Gebrüder Turck
HALVER

ATLANTIK-Waschmaschinen
1000fach bewährt.
Teilzahlung - Viele Dankschreiben!
Verlangen Sie Gratiskatalog von:
E. Graumann, Rummenohl 4 i. W.

Gebr. Kinderbett
mit Matratze zu verkaufen.
Zu erfragen in der Gesch.-Stelle des Allgem. Anzeigers.

Mädchen, an selbständiges Arbeiten gewöhnt, sucht
Stelle im Haushalt
Zu erfr. in der Geschäftsstelle des Allgemeinen Anzeiger

Pelikan **Peligom** klebt alles



Tuben zu 35 und 65 Pfg. im Fachgeschäft



Bargeld durch Versteig. Ihres Kfz. dch. Autogroßversteigerung Dortmund, Evinger Str. 363 (Bundesstr. 54 Dtmd.-Lünen). Tel. 3 40 14.

ORIENT-Teppiche
Reparaturen in eigenen Werkstätten
TEPPICHHAUS
Schreiber
Ruf HAGEN 4084
Elberfelder Str. 53

SM 2



die meistgekaufte Schreibmaschine
Geschrieben wie gedruckt! Allen Schreibern, bei denen es „darauf ankommt" gibt die Olympia SM 2 eine besondere Note.
Bar-Verkaufspreis DM 398.50
Günstige Ratenzahlung!

Wilh. Bell jr.
Halver i. Westf., Kirchstraße 5, Fernruf 442